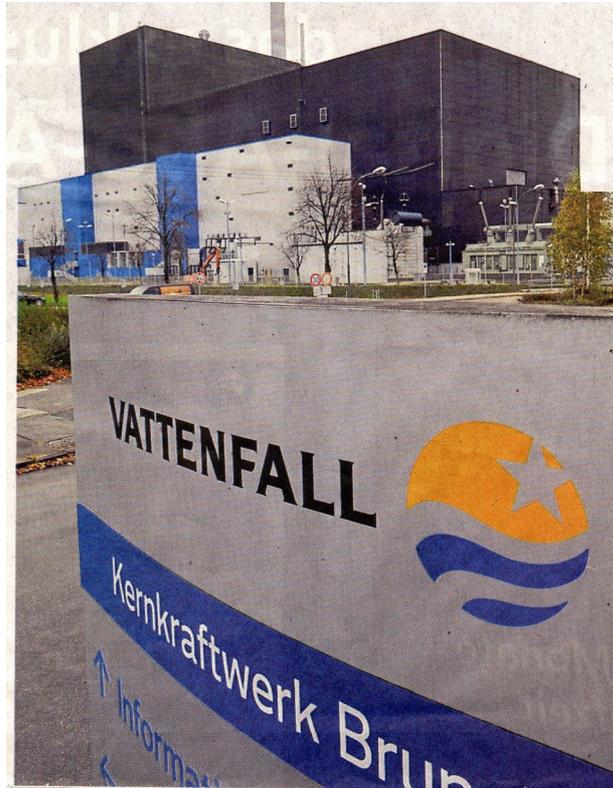


Noch Jahre bis zur grünen Wiese

Umweltministerium legt Bericht zum Rückbau der Atommeiler vor

Brunsbüttel (fan) Bis an den Atomstandorten Brunsbüttel und Krümmel nur noch grüne Wiese zu sehen ist, wird es aus Sicht des Kieler Umweltministeriums noch Jahrzehnte dauern. Das geht aus einem aktuellen Bericht der Landesregierung zum Rückbau der Kernkraftwerke in Schleswig-Holstein hervor. Der auf Antrag der Fraktionen der Küstenkoalition zustande gekommene Bericht des Ministeriums für Umwelt und Energiewende geht beim Rückbau des Brunsbütteler Meilers von einem Müllvolumen von insgesamt 300 000 Tonnen aus - 260 000 Tonnen davon sind Gebäudestrukturen wie Gebäudemassen, Setzsteine und Armierungsstahl. Der Rest entfällt auf Anlagen- und Einrichtungsmassen: unter anderem Armaturen, Behälter, Pumpen, elektrische Einrichtungen, Kabel und Lüftungsanlagen. Rund zwei Prozent der



Bevor an der Stelle des stillgelegten Atomkraftwerks in Brunsbüttel wieder eine grüne Wiese gewachsen ist, werden noch viele Jahre vergehen. Foto: Rehder

Gesamtmasse stuft das Kieler Umweltministerium als schwach- und mittel-radioaktiven Abfall ein, der in abgesicherten Lagern zwischengelagert werden muss oder an genehmigte Abnehmer zur Wiederverwertung weitergereicht werden kann. 98 Prozent der Gesamtmasse des Brunsbütteler Kernkraftwerkes ist laut dem Ministeriumspapier jedoch nicht oder nur minimal radioaktiv und kann auf Deponien abgelagert, verbrannt oder recycelt werden. Allerdings: Im Brunsbütteler Meiler befinden sich noch 517 hochradioaktive Brennelemente im Reaktordruckbehälter, in Krümmel sind es gar 1002. die vor einem Rückbau in jeweilige Standortzwischenlager verbracht werden müssen. „Und damit sind wir bei den Problemen angekommen“, meint Umweltminister Robert Habeck (Grüne) und weist auf das Fehlen von dauerhaften Endlagern in Deutschland hin. Schacht Konrad in Niedersachsen als Endlager für schwach- und mittelradioaktiven Müll steht voraussichtlich erst ab 2022 zur Verfügung. Bis zur Entsorgung aller radioaktiven Abfälle könne es daher noch Jahrzehnte dauern, so seine Einschätzung und die des Berichtes aus seinem Haus. Aus diesem großen Zeitfenster erwächst aus Habecks Sicht ein weiteres Problem: „Dann werden Personal und Einrichtungen der Kernkraftwerke nicht mehr für die Zwischenlager zur Verfügung stehen und es wird schwer sein, ohne praktische Handhabungsvorgänge an den vielen einzelnen Zwischenlagerstandorten Know-How und motiviertes Personal vorzuhalten. Das ist auch den Parteien im Kieler Parlament bewusst. Der Minister müsse sich „auf Bundesebene einbringen und über die Endlagersuchkommission den politischen Einfluss geltend machen und uns einen Weg zu einem sicheren Endlager für hochradioaktive Abfälle mit skizzieren“, fordert Brunsbüttels CDU-Landtagsabgeordneter Jens Magnussen.



Habeck

Schnellstmöglich müsse „ein verbindlicher Zeitplan“ für die Nutzung von Schacht Konrad für schwach- und radioaktive Abfälle her, fordert auch Oliver Kumbartzky (FDP). Aus diesem Grund sei es wichtig, „die Ängste der Menschen ernst zu nehmen“ und ein transparentes Verfahren sicherzustellen, sagte Olaf Schulze (SPD). Und Flemming Meyer (SSW) nimmt alle Bundesländer bei der Endlagersuche in die Pflicht: „Schließlich haben alle auch den Atomstrom abgenommen.“ Der Kieler Landtag hat das Thema Rückbau am Mittwoch ohne Aussprache an den- Umwelt- und Agrarausschuss verwiesen, wo es in den kommenden Monaten weiter beraten werden soll. Für den Rückbau des Brunsbütteler Meilers von Betreiber Vattenfall fand bereits im Juli dieses Jahres der atomrechtliche Erörterungstermin im Rahmen des Genehmigungsverfahrens statt. Für das Kernkraftwerk Krümmel hat Vattenfall im vergangenen August den Genehmigungsantrag zum Stillstand und Abbau gestellt.